



Anfrage Meier Anja und Mit. über die Handlungsmöglichkeiten des Kantons Luzern in Anbetracht der humanitären Lage in Afghanistan

eröffnet am 13. September 2021

Die erneute Machtergreifung der Taliban in Afghanistan, der Fall Kabuls sowie der Abzug der westlichen Truppen unter Führung der USA haben im Verlauf der letzten Wochen die weltweiten Schlagzeilen dominiert. Die mediale Berichterstattung hat uns dabei die Verzweiflung der lokalen Zivilbevölkerung drastisch vor Augen geführt. Die Zukunft der Afghaninnen und Afghanen ist ungewiss, es muss jedoch vom Schlimmsten ausgegangen werden. Langwierige Errungenschaften der letzten Jahre, etwa im Bereich der Menschenrechte, Bildung oder Gesundheitsversorgung, drohen unter dem religiösen Terrorregime der Taliban zunichte gemacht zu werden. Frauen und Mädchen sind davon besonders betroffen.

Die Situation in Afghanistan ist nicht nur von geopolitischer Tragweite, sondern hat auch konkrete Auswirkungen auf die Flüchtlingspolitik und die humanitären Verpflichtungen der Schweiz und der Kantone. Derweil fordert eine Allianz aus mehreren Schweizer Städten, darunter die Stadt Luzern, beim Bund die Direktaufnahme von afghanischen Geflüchteten¹.

In Anbetracht dieser Ereignisse und der humanitären Tradition unseres Landes bitten wir die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die humanitäre Lage in Afghanistan?
2. Wie viele Afghaninnen und Afghanen leben aktuell mit welchen Aufenthaltstiteln im Kanton Luzern?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sich beim Staatssekretariat für Migration (SEM) für eine Umwandlung des Aufenthaltstitels von Afghaninnen und Afghanen mit F-Bewilligung, die fünf Jahre im Kanton Luzern leben und die Voraussetzungen erfüllen, in eine B-Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen einzusetzen? Falls nicht, weshalb nicht?
4. Ist der Regierungsrat bereit, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass Asylanträge beschleunigt behandelt werden und dass humanitäre Visa für Familienangehörige von Afghaninnen und Afghanen mit Asyl oder vorläufiger Aufnahme erleichtert erteilt werden? Falls nicht, weshalb nicht?
5. Beabsichtigt der Regierungsrat, sich beim Bund für eine rasche und unbürokratische Aufnahme weiterer afghanischer Geflüchteter einzusetzen, etwa durch eine erleichterte Erteilung humanitärer Visa oder die Bereitstellung zusätzlicher UNHCR-Resettlement-Kontingente für besonders vulnerable Personen wie Frauen und Mädchen? Falls nicht, weshalb nicht?
6. Ist der Regierungsrat bereit, einen direkten Beitrag für die humanitäre Soforthilfe in Afghanistan zu leisten, etwa durch eine finanzielle Unterstützung humanitärer Projekte oder Organisationen wie das IKRK? Falls nicht, weshalb nicht?
7. Sieht der Regierungsrat anderweitige Möglichkeiten, im Kanton Luzern lebende Bürgerkriegsgeflüchtete zu unterstützen?

Meier Anja
Engler Pia

¹ Siehe <https://www.stadtluzern.ch/aktuelles/newslist/1327799>.

Schuler Josef
Setz Isenegger Melanie
Budmiger Marcel
Roth David
Ledergerber Michael
Wimmer-Lötscher Marianne
Schneider Andy
Brunner Simone
Fanaj Ylfete
Schmutz Judith
Frey Monique
Stutz Hans
Zbinden Samuel
Bärtsch Korintha
Fässler Peter
Muff Sara
Sager Urban
Candan Hasan
Meyer Jörg